

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. B. & C., 8, Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strasbourg, 5, Rue Brulée; Paris, 2, Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 17. November.

Die zwingende Macht der Logik, d. h. des menschlichen Denk- und Schlussvermögens, muß einen jeden, der einmal klar den thatsächlichen ökonomischen Zusammenhang in der jetzigen Gesellschaft erkannt hat, zulezt zu socialistischer Anschauung bringen. In der That besteht die Schwierigkeit eigentlich nur darin, aus der hundertfach in einandergreifenden Verwickelung der jetzigen ökonomischen Verhältnisse deren große Grundstruktur herauszugreifen und deutlich der Erkenntniß vorzustellen; ist dies einmal geschehen, sieht einer einmal, ungetäuscht von der trügerischen Oberfläche der ökonomischen Gesellschaft, wie diese in ihrer Tiefe aussteht, so muß er auch dazu kommen, diese Gesellschaft als eine auf Ungerechtigkeit beruhende zu erkennen; ja man kann sagen, daß jene Einsicht und dieser Erkenntniß notwendig ineinander fallen und daher auch gleichzeitig auftreten müssen.

Wie sehr ein jeder, der auch nur mit einiger Genauigkeit die Grundlagen der jetzigen Gesellschaft erkennt, fast unwillkürlich unserer Anschauungsweise verfallt, daraus glaubten wir vor Kurzem in einer Anmerkung zu der vom „Berliner Arbeiter-Verein“ ausgegangenen Petition in Betreff der Kranken- und Sterbekassen aufmerksam machen zu sollen.

In dieser Petition kommt nämlich folgende Stelle vor:

Um die Concurrenz auf dem Weltmarkte mit England, Frankreich, Belgien und Italien bestehen zu können, wird es sich mehr um die bessere als um die billigere Arbeit handeln. Soll diese aber in Deutschland und besonders von Berliner Arbeitern erzielt werden, so wird die äußerst mögliche Grenze der Theilung der Arbeit und die Verwerthung der vollkommensten mechanischen Hilfsmittel wie der Naturkräfte zur Fertigstellung von Waaren in Anwendung gebracht werden müssen. Dadurch aber wird es dem Arbeiter immer mehr erschwert sein, aus seinem Arbeitsverhältniß heraus zur Selbstständigkeit zu gelangen, weil es ihm dazu an den erforderlichen Kapitalien fehlt, die er selbst durch die größte Geschicklichkeit, den ausdauerndsten Fleiß und die opferbereiteste Sparsamkeit nicht zu erwerben vermag.

Wir hatten dazu Folgendes bemerkt:

Wir finden diese, übrigens sehr richtige Hervorhebung der Unmöglichkeit der Selbsthilfe zu nachhaltiger Besserung der Lage des Arbeiters sehr auffällig in einem von Schulze'scher Seite ausgehenden Schriftstück.

In Folge dieser Bemerkung nun ist uns von Herrn R. Krebs, dem Vorsitzenden des „Berliner Arbeiter-Vereins“ ein Schreiben zugegangen, welches wir, um dann weiter auf die ganze Sache einzugehen, zunächst unsern Lesern mittheilen wollen. Dasselbe lautet:

Berlin, 14. November 1866.

Geehrter Herr Redacteur!

Indem ich für die Veröffentlichung der Petition des Berliner Arbeiter-Vereins vom 29. Oktober durch den

„Social-Demokrat“ Ihnen hiermit meinen besten Dank anspreche, kann ich nicht umhin einige Worte der Entgegnung in Bezug auf die von Ihnen gemachte Randbemerkung an Sie zu richten.

Es ist mir fast unglücklich, wie Sie in dem bezeichneten Satze eine Hervorhebung der Unmöglichkeit der Selbsthilfe finden können. Fast scheint es mir, als ob Sie die Petition nur sehr flüchtig übersehen und deshalb zu einem so unglücklichen Irrthum verleitet worden sind. Wenn wir in der Petition sagen: „dadurch wird es dem Arbeiter immer mehr erschwert sein, aus seinem Arbeitsverhältniß heraus zur Selbstständigkeit zu gelangen u. s. w.“ glaube ich wohl, wird jeder unbefangene Beurtheiler mit diesem „erschwert“ nicht die Unmöglichkeit ausgesprochen finden. Wir Alle, die wir dem Princip der Selbsthilfe huldigen, erkennen sehr wohl an, daß es keine leichte Aufgabe für den Arbeiter ist, vorwärts zu kommen; dessen ungeachtet müssen wir an dem Princip festhalten und darnach trachten und streben, daß alle Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, welche das weitere Fortkommen des Arbeiters erschweren.

Daß bei der bereits vorgeschrittenen und noch weiter voranschreitenden Arbeitstheilung es nicht jedem Arbeiter möglich ist selbstständig zu werden, eine eigene Fabrik zu besitzen, ist selbstverständlich. Dadurch ist aber jedoch nicht ausgeschlossen, daß denselben die Möglichkeit gegeben wäre, seine Lage nach Kräften zu verbessern, und das kann eben am nachhaltigsten nur dadurch geschehen, wenn er selbst arbeitet und schafft und nicht erst wartet auf ein unbestimmtes Etwas, welches selbst erst geschaffen werden soll. — Sollte unsere Petition Berücksichtigung finden, und die in derselben angeordneten Mängel abgeschafft werden, so werden Sie selbst eingestehen müssen, daß uns voraussichtlich ein materieller Nutzen erwächst, welchen wir dann anderweitig verwerthen können.

Mit Achtung ergebendster

Robert Krebs.

Zunächst sprechen wir unsere Freunde aus über das warme Interesse an der Arbeiterfrage und den damit in Verbindung stehenden wissenschaftlichen Anschauungsweisen, welches in diesem Schreiben hervortritt; aber zugleich sind wir genöthigt, demselben entgegenzutreten.

Der Herr Briefsteller wundert sich darüber, daß wir „in dem bezeichneten Satze eine Hervorhebung der Unmöglichkeit der Selbsthilfe finden können.“

Aber wie lautet der bezeichnete Satz?

„Es wird dem Arbeiter immer mehr erschwert sein, aus seinen Arbeitsverhältnissen heraus zur Selbstständigkeit zu gelangen.“

Betrachten wir, wie die Petition diesen Satz begründet und wir werden erkennen, daß derselbe zwar die Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit enthält.

Die Petition begründet nemlich den erwähnten Satz ganz richtig mit der Hinweisung darauf, daß „die äußerst mögliche Gränze der Theilung der Arbeit und die Verwerthung der vollkommensten mechanischen Hilfsmittel wie der Naturkräfte zur Fertigstellung von Waaren in Anwendung gebracht werden müssen,“ oder, mit anderen Worten, daß nicht nur unter möglichst großer Theilung der Arbeit, sondern auch, was die äußeren Hilfsmittel betrifft, mit möglichst großem Kapital gearbeitet

werden soll. Da nun die Theilung der Arbeit auch ihrerseits, je weiter sie getrieben wird, desto größeres Kapital voraussetzt, so kann man obige Doppelforderung in die eine Forderung: „Es soll mit möglichst großem Kapital gearbeitet werden“ zusammenziehen.

Wenn nun aber Kapital und Arbeit nicht in denselben Händen, sondern von einander getrennt sind, so ist klar, daß die Arbeit dem Kapital gegenüber um so mehrerloser und abhängiger ist, in je größeren compacten Massen das letztere ihr gegenübersteht.

Die Petition hätte also eigentlich, um die volle Wahrheit zu sagen, nicht nur erklären müssen: „Es wird dem Arbeiter immer mehr erschwert, zur Selbstständigkeit zu gelangen,“ sondern: „Es wird dem Arbeiter immer mehr erschwert, überhaupt irgend wie seine Lage zu verbessern.“

Alein merkwürdig! — Selbst so, wie die Petition den Satz gefaßt hat, ist er vollständig ausreichend, die Bemerkung, über welche der Vorsitzende des „Berliner Arb.-Vereins“ in obigem Brief sein Erstaunen ausdrückt, zu begründen.

Wir sagten: In der fraglichen Stelle sei ganz richtig die Unmöglichkeit der Selbsthilfe zu nachhaltiger Besserung der Lage des Arbeiters (das heißt also doch nicht eines einzelnen Arbeiters, sondern Arbeiterklasse überhaupt, „des Arbeiters“ schlechthin) hervorgehoben.

Ist nun eine nachhaltige Besserung des Arbeiters möglich, ohne daß derselbe selbstständig würde?

Antwort? Nein! Die Arbeiter von der Richtung des „Berl. Arb.-Vereins“ zeigen, daß sie derselben Ansicht sind, da auch sie die Productiv-associationen, d. h. die Gesellschaften, worin die Arbeiter ihre eigenen Herren sind, worin die Eigenschaften von Unternehmern und Arbeiter in denselben Personen vereinigt sind, für das oberste Ziel, ja für die einzig wirklich bedeutungsvollen Associationen unter den Arbeitern halten.

Nun versichert aber die Petition selbst, daß es dem Arbeiter immer „mehr erschwert“ werde, selbstständig zu werden, und zwar immer mehr erschwert darum, weil die Theilung der Arbeit z. z. zunehmen müsse; das heißt also wohl, da man vorwärts und nicht rückwärts will, daß man zwar für Fortentwicklung der Industrie sein müsse, sich aber dabei nicht verhehlen könne, wie, der Natur der Sache nach, mit innerer Nothwendigkeit auf Grundlage der jetzigen Produktionsbedingungen, die Abhängigkeit der Arbeit von dem ihm getrennt gegenüberstehenden d. h. im Eigenthum einer andern Klasse befindlichen Kapital immer zunehme.

Wenn nun, wie dies ja der Herr Vorsitzende des „Berl. Arb.-Vereins“ in seinem Briefe zugibt, schon jetzt der Arbeiter nur schwer dieser Abhängigkeit sich entziehen kann, wenn ferner, was ja auch zugegeben wird, die schlechte Lage des Arbeiters gerade in dieser Abhängigkeit ihren Grund hat, so, daß man bestrebt ist, ihn dem Kapital selbstständig

diger gegenüberzustellen; und wenn nun endlich, statt daß man hoffen könnte, diese Abhängigkeit sich vermindern zu sehen, ausdrücklich und unter ganz richtiger Begründung versichert wird, diese Abhängigkeit müsse nothwendig immer zunehmen, es müsse dem Arbeiter „immer mehr erschwert“ werden, zur Selbstständigkeit zu gelangen — welche andere Folgerung kann dann aus diesem ganzen Sachverhalt gezogen werden, als daß, je weiter die Industrie auf ihren heutigen Grundlagen sich fortentwickelt, desto mehr die nachhaltige Besserung der Lage der Arbeiterklasse auf dem Wege der Selbsthilfe zur thatsächlichen Unmöglichkeit wird.

Nur zwei Fälle sind möglich: Entweder der „Verl. Arb.-Ver.“ ist der Ansicht, daß es bei der Fortentwicklung der Production auf ihren heutigen Grundlagen dem Arbeiter immer mehr erleichtert werden müsse, zur Selbstständigkeit zu gelangen. Dann kommt er mit den Thatsachen und der Wissenschaft in Conflict.

Oder aber — und dies ist ja der Fall — er giebt zu, daß es mit der Fortentwicklung der Industrie dem Arbeiter immer mehr erschwert wird, zur Selbstständigkeit zu gelangen; dann muß er auch zugeben, daß die Unmöglichkeit einer nachhaltigen Verbesserung der Lage des Arbeiters durch Selbsthilfe hervortritt.

So will es die Logik und dieser wird sich auch der „Verl. Arb.-Verein“ fügen müssen. Wer die Prämisse zugiebt, kann sich dem Schluß nicht entziehen wollen. —

R u n d s c h a u.

Berlin, 17. November.

Zu den deutschen Angelegenheiten steht an Bedeutung unstreitig die Frage des „Norddeutschen Bundes“ oben an. Das darauf bezügliche, auch von uns jüngst mitgetheilte Zeitungsgerücht von einer im Ministerium stattfindenden Berathung der Grundzüge für die künftige Verfassung jenes Bundes ist unterdessen von der ministeriellen „Nordd. Allg. Ztg.“ dementirt worden. Eine solche findet erst statt, wenn Graf Bismarck nach Berlin zurückkehrt, was nicht vor Ende dieses Monats zu erwarten sei. Sonst gut informirte Personen wollen wissen, daß Vorarbeiten allerdings in Angriff genommen, aber, auf andere Weisung hin, seit vielen

Wochen nicht mehr gefördert worden seien. Die mehrfache Hinausschiebung des Termins zur Einberufung des „Norddeutschen Reichstages“ hat denn auch, besonders in allen preußenfeindlichen Kreisen, zumal in Oesterreich, nicht verfehlt, zu gehässigen Auslegungen zu führen. So nennt die Wiener „Presse“ in einem angeblichen Correspondenzartikel aus Dresden den ganzen Norddeutschen Bund einen „Aprilschertz“, der vielleicht schon in wenigen Monaten durch den Einheitsstaat seine Auflösung erhalten dürfte. Sachsen hat man sich dann zunächst ausersehen, um Besürchtungen zu erregen. Dieses Land, heißt es, würde das erste sein, dessen man sich so bald als möglich zu entledigen veruchen würde. Von preussischer Seite werde man beständig herausfordern und bis zur Unerträglichkeit das Volk beleidigen und den König demüthigen, dann kurzen Prozeß machen und mit dem Schwerte nehmen, was man nicht gutwillig erlangen konnte. „Schwerlich aber“, meint die „Presse“, „werden, wenn nur ihre Heere erst „Hinterladungsgewehre“ besitzen, Oesterreich, Frankreich und Rußland einer Eroberung Sachsens ruhig zusehen.“ Im Anfang des nächsten Jahres, meint die „Presse“, wird Europa wieder in Waffen starren, und sie schließt ihre Auslassung mit den Worten: „Nordamerika trat mit der Erklärung der Freiheit, der Menschenrechte und der Republik in die Reihe der Staaten, der „Norddeutsche Bund“ mit einem verbesserten Ordinament.“ Diese Haltung der österreichischen Presse stimmt wahrlich schlecht zu den angeblich aufrichtig gemeinten Bemühungen des Herrn v. Beust, sich mit Preußen in bestes Einvernehmen zu setzen und Preußen und Süddeutschland gegenüber die möglichste Passivität zu beobachten. Daß es Oesterreich in diesem Augenblicke darum zu thun ist und sein muß, einen freundschaftlichen Verkehr mit dem norddeutschen Nachbarstaat anzubahnen, steht freilich außer Zweifel, denn sein eigenes Interesse heischt dies; fraglich aber ist, ob diese Bestrebungen ehrlich und auf die Dauer gemeint sein werden, ob man es nicht vielmehr, freilich vergeblich, darauf abgesehen hat, Preußen einzuschläfern. Wir halten das Letztere für das Wahrscheinlichere. Die Zeit wird es lehren. Vorläufig können wir nur die vorliegenden Thatsachen referiren. Eine solche liegt in einer angeblich am 8. d. hier überreichten österreichischen Note vor, worin das preussische Cabinet aufgefordert wird, in Gemäßheit des April-, sowie des Prager Friedensvertrages auf eine Verhand-

lung einzugehen, rücksichtlich der Revision des erstgenannten Vertrages, der die Zoll- und Handelsverhältnisse mit dem Zollvereine regelt. Zugleich soll darin die Hoffnung ausgesprochen sein, daß dieser entgegenkommende Schritt seine Wirkung zur Annäherung nicht verfehlen werde, da die österreichische Regierung entschlossen sei, die freihändlerische Bahn nicht aufzugeben und die in Aussicht gestellten Tarifiermächtigungen im internationalen, also auch im preussischen Interesse lägen. — An der am 11. November in Stuttgart abgehaltenen „großdeutschen“ Versammlung hatte, wie unsererseits schon erwähnt worden ist, der Redacteur des „Beobachter“ keinen Antheil genommen. Diese auffällige Sonderung eines Theils der „Volkspartei“ von einer Versammlung, an der andererseits wieder bekannte Führer derselben, wie Desterlen und Becher, theilgenommen haben, wird von dem „Beobachter“ in einer Erklärung motivirt, die die „Volkspartei“ bereits in einem vollkommenen Zerklüftungsprozeß begriffen erscheinen läßt, bei welchem die „bestehenden Parteiorgane“ bittere Klage über das Hervordringen neuer Organisationen führen. Dies Thema der Kangstreitigkeiten wird wohl den nächsten Stoff für die weitere Thätigkeit jener Partei abgeben. Auch enthält der „Schwäb. Merk.“ einen Bericht über die eben erwähnte Versammlung, nach welchem die Verhandlungen vertrauliche waren und schließlich das Programm gemäßigter ausgefallen wäre, als sich nach den Angaben des „Wirt. St.-A.“ annehmen ließ. — Ferner hält es der „Schwäb. Merkur“ für nöthig, die Badenser gegen die Insinuation in Schutz zu nehmen, als beabsichtigten sie mit dem erstrebten Anschluß an Norddeutschland den süddeutschen Staaten mit dem „Opfer ihrer Verfassung und Dynastie“ zu Gunsten Preußens voranzugehen. Als ob Preußen das beansprucht hätte! — In Dresden wurde am 15. d. die sächsische Ständekammer eröffnet. Die vom König gehaltenen Thronrede zerfällt in zwei Theile. Der erste betrifft die Bergangenheit, — der zweite verheißt eine frisch-ferblichen Anschluß an Preußen und allerhand innere Verbesserungen. Die Stelle der Thronrede, es habe sich (in Sachsen) gezeigt, daß „die Anhänglichkeit an ein angestammtes Fürstenthum kein leeres Wort“ sei, wurde mit Acclamation begrüßt. — Aus Dresden wurde telegraphisch berichtet, daß in der Sitzung der 2. Kammer von 16 Liberalen beantragt wurde, derzeitige Ständeversammlung aufzulösen und eine Volksvertretung

Feuilleton.

Rosmähler u. Diesterweg in der Arbeiterfrage.

(Von J. L. in Hamburg.)

Ende 1862, als die Arbeiterbewegung anfing, hochgehende Wellen zu schlagen, befragte das provisorische Central-Comité zur Einberufung des deutschen Arbeitertages den Naturforscher und Vortragsredner Rosmähler (1848 auch Mitglied des deutschen Parlaments) über seine Ansicht, in welcher Weise dem Arbeiterstande wahrhaft zu helfen sei. Und auf diese Frage, die eigentlich doch sagen wollte, wie bekommen wir Brod, wurde von ihm geantwortet: Gehet in die Bildungsvereine, da werden Euch tiefe Blicke in die Natur gestattet; so könnt Ihr allesammt Erfinder werden und habt dann Brods die Fälle! — Die Mitglieder des Comités, auch die, welche bald die eifrigen Anhänger Lassalle's sein sollten, gaben freudig Beifall. „Das Wort an die deutschen Arbeiter“ wurde in allen damaligen Arbeiterversammlungen verkauft, ja in vielen sogar öffentlich verlesen. Denn Lassalle war noch nicht doreingefahren. Mancher Paulus unter uns war noch ein Saulus, und das Wort: „Es werde Licht!“ dem deutschen Arbeiterstande noch nicht so wirksam zugerufen. Was Anfang 1863 Allseitigen Beifall errang, veranlaßt heute 1866 uns zu dem Ruf: „O heilige Einfalt!“ Doch hören wir Rosmähler's eigene Worte!

„Unsere Zeit, welche in immer weiteren Kreisen durch Aufhebung des Zwangs der Arbeit frei giebt und die volle Konkurrenz herstellt, — unsere Zeit, die immer tiefer in die Gesetze der Natur eindringt und der Welt immer mehr neue Mittel und Stoffe zuführt, macht an den Arbeiter höhere Anforderungen als die Gottlos überwindene Zeit des alten Schandens, wenn er nicht im Gedränge der Konkurrenz ins Hintertreffen gedrängt werden soll. Sie verlangt von ihm Kenntniß der Natur, denn mit deutscherischem Augenver-

drehen lassen sich keine besseren Stiefel und kein dauerhafterer Lach machen.“ —

„Der Arbeiter unserer Zeit bedarf Wissen und Bildung, das erstere macht ihn tüchtig zu seinem Berufe, und das zweite befähigt ihn, eine geachtete Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft einzunehmen.“ —

„Bewahrt aber die Bewegung vor politischen Ausschreitungen. Daß die Arbeiterbewegung verloren ist, so bald sie sich zu solchen hinreißen läßt, ist das geringere Unglück. Was aber das größere Unglück wäre, ist Folgendes: An vielen Orten Deutschlands, namentlich in demjenigen großen Theile, welcher Preußen ausmacht, hat sich die besitzende Klasse, mit wenigen Ausnahmen, auf die Seite der Fortschrittspartei gestellt, während sie bis vor kurzer Zeit fast durchgängig auf der Seite der Reaction stand, die sie nach „Ruhe und Ordnung um jeden Preis“ als ihren Götzen anbetete. — Auf diese Weise hat die Reaction ihre Hauptstütze verloren. Wir können uns denken, daß sie darüber außer sich ist, und viel darum geben würde, wenn sie die besitzende Klasse wieder auf ihre Seite bringen könnte. Vielleicht, ja sagen wir, wahrscheinlich rechnet in diesem Augenblicke die Reaction sehr stark darauf, daß ihr dieser heilige Wunsch in Erfüllung gehen werde. Und Ihr sollt ihr dazu verhelfen.“ O heilige Einfalt!

Dies zu dem Gegenfatz!

Während Rosmähler Bildung fordert, weil ohne diese keine materielle Hebung des armen Volkes möglich sei, stellt Diesterweg, wo er über die „Erziehung der unteren Klassen“ spricht, als erste und nothwendige Bedingung dazu die materielle Wohlfahrt der unteren Klassen auf; ohne körperliches Wohl könnte an eine erfolgreiche Erziehung und Bildung nicht gedacht werden. Nicht, daß das überhaupt gefordert, wohl aber, daß solches von Diesterweg gefordert, muß für uns von Interesse sein. Und zwar nicht allein, weil die unten angeführten Aeußerungen Diesterwegs bereits vor 34 Jahren, wo ja die Arbeiterfrage wenigstens in den meisten Gegenden Deutschlands noch nicht so brennend war, gethan wurden. Auch nicht allein weil Diesterweg als hervorragendes Mitglied

der Fortschrittspartei und des preussischen Abgeordnetenhanfes unsern Gegnern bis zum letzten Augenblicke treu ergeben war. Auch nicht allein, weil diese Aeußerungen von einem Manne herrühren, der als Seminardirector für die Stadtschulen Berlins lange Zeit eine hohe Staatsstellung in Preußen bekleidete und mehr als einmal selbst die Erziehung der jüngeren Mitglieder des königlichen Hauses beeinflusst hat. Es ist aber Diesterwegs Entscheidung über die Frage: ob erst Bildung und dadurch körperliches Wohl, oder aber: zuerst körperliches Wohl für uns von vollem Interesse, weil Deutschland in ihm seinen größten Pädagogen der letzten Jahre verehrt, der also nicht nur, wie Herr Rosmähler als gebildeter Mann, sondern als Sachmann über obige Frage entscheidet. Weil er so scharf wie möglich gegen die Mißstände im deutschen Erziehungswesen sein Uebel auftritt, ist er aufs Bitterste gehaßt, aufs Tiefste verehrt worden, von dem größten Theil der Lehrwelt als Vorkämpfer für freie Volksbildung gepriesen. Auch werden Herr Rosmähler und seine Anhänger (die Mitglieder des deutschen Humboldt-Vereins) Diesterweg nicht geringe Schätzung der Naturwissenschaft vorwerfen können, indem ihnen ebenso wie uns bekannt ist, daß er sich durch das Wort: „Jeder Lehrer soll Naturforscher sein!“ manche Kränkung zugezogen hat.

In Diesterweg's Aufsatz über die Erziehung der unteren Klassen heißt es:

„Wenden wir den Grundsatz Jacotot's: „etwas lernen und alles Andere daraus beziehen,“ auf's Praktische an, indem es dann heißt: „das Elend und das Unrecht, das unser Gesellschaftsorganismus dem gemeinen Manne zufügt, erst recht angeschaut und alles Andere darauf bezogen,“ so werden wir wohl einen Schritt weiter kommen.“ —

„Für irgend eine bestimmte Zeit lassen sich wohl Merkmale nennen, aus welchen sich erkennen läßt, ob die Armuth Einzelner oder Vieler einen solchen Grad erreicht habe, daß sie für diese und das Ganze ein offenes Uebel wird, das weggeschafft werden sollte. Zu diesen Merkmalen gehören: